

Transnationale Solidarität im Bildungsbereich

MAIKE FINNERN, CARMEN LUDWIG

Im Fokus dieses Beitrags steht die Solidaritätsarbeit der Gewerkschaft Erziehung und Wissenschaft (GEW), die knapp 280 000 Mitglieder aus allen Bildungsbereichen vertritt. Die GEW gehört seit 1993 als Gründungsmitglied der Bildungsinternationale (Education International, EI, vgl. <https://www.ei-ie.org>) an und ist dort im Vorstand vertreten. EI ist mit circa 32 Mio. Beschäftigten im Bildungsbereich, die in mehr als 380 Gewerkschaften aus 187 Ländern und Territorien organisiert sind, einer der größten globalen Gewerkschaftsdachverbände.

Den Bildungsbereich zeichnet aus, dass es sich bei Bildung größtenteils um ein öffentliches Gut handelt. Er ist überwiegend staatlich organisiert und dabei im Kern auf den nationalstaatlichen Rahmen beschränkt oder – wie im Fall von Deutschland – föderal organisiert. Wie Mayer-Ahuja in ihrem Beitrag analysiert, stellen insbesondere die aus der Zusammenarbeit im Arbeitsprozess resultierenden Erfahrungen von Beschäftigten sowie ein gemeinsames Gegenüber (als Verhandlungspartner) für die Interessendurchsetzung wichtige Voraussetzungen für solidarisches Handeln auch in transnationaler Perspektive dar. Dieser Beitrag fragt nach den Möglichkeiten und Grenzen gewerkschaftlicher Solidaritätsarbeit jenseits klassischer transnationaler Arbeitsbeziehungen und Produktionszusammenhänge. Was motiviert Gewerkschaften im Bereich der öffentlichen Daseinsvorsorge zur Kooperation und zu transnationaler Solidarität, wenn ein gemeinsames Gegenüber für die Verbesserung der Arbeitsbedingungen fehlt?

Engagement für das Recht auf Bildung

Bildungsgewerkschaften haben meist zwei Standbeine: Sie sind Interessenvertretung für die Beschäftigten im Bildungsbereich und verstehen sich als bildungspolitische Akteure. Bildung als ein gesellschaftliches Gut ist nicht zuletzt eng mit Verteilungs- und Gerechtigkeitsfragen verbunden. Dies spiegelt sich im gewerkschaftlichen Engagement für das Recht auf gute öffentliche Bildung und gegen

Bildungsprivatisierung wider – Anliegen, die die in der EI zusammengeschlossenen Bildungsgewerkschaften teilen. Zu deren Durchsetzung ist die gesellschaftliche Macht eine besonders relevante Ressource für Bildungsgewerkschaften, die durch öffentliches *Agenda Setting* und Bündnisarbeit gestärkt werden kann.¹

Dies findet seinen Ausdruck in international ausgerichteten Bündnissen wie insbesondere der „Globalen Bildungskampagne“, in der sich die GEW und EI gemeinsam mit zivilgesellschaftlichen Organisationen für gute öffentliche Bildung weltweit einsetzen. Mit der Kampagne „Go Public! Fund Education“ hat EI aktuell eine internationale Kampagne gestartet, um mit ihren Mitgliedsorganisationen für mehr Investitionen in öffentliche Bildung zu streiten. Dies ist nicht nur angesichts der in vielen Ländern bestehenden Unterfinanzierung öffentlicher Bildungssysteme und des massiven Lehrkräftemangels wichtig, sondern auch um den gestiegenen Einfluss privater Bildungsanbieter weltweit zurückzudrängen. Dazu gehört beispielsweise das US-Unternehmen Bridge International Academies (BIA), welches die Privatisierung insbesondere auf dem afrikanischen Kontinent vorantreibt. Mit der Kampagne setzt EI ihr bisheriges Engagement gegen die Bildungsprivatisierung fort, das bereits erste Erfolge verzeichnen konnte: Aufgrund des anhaltenden Drucks von EI, einer breiten Beteiligung ihrer Mitgliedsorganisationen sowie von zivilgesellschaftlichen Organisationen stellte die Weltbanktochter International Financial Corporation 2022 ihre Finanzierung von BIA ein.² An der Kampagne und den Protestaktionen vor dem Gebäude der Weltbank

1 Zum gewerkschaftlichen Machtressourcenansatz siehe Schmalz, S./Ludwig, C./Webster E. (2018): The Power Resources Approach: Developments and Challenges, in: Global Labour Journal 9 (2), S. 113–134.
2 Webster, E./Ludwig, C. (2023): Contesting Digital Technology through New Forms of Transnational Activism, in: Global Labour Journal 14 (1), S. 56–71.

und der Aktionärsversammlung des britischen Bildungskonzerns Pearson, den Investoren von BIA, hatten sich die GEW und weitere Bildungsgewerkschaften in der Absicht beteiligt, zum einen für das Prinzip von Bildung als einem öffentlichen Gut einzutreten und zum anderen die von den Auswirkungen der Privatisierung betroffenen Bildungsgewerkschaften im Globalen Süden zu unterstützen.

Auch angesichts der Angriffe auf die Demokratie steigt aktuell die Bedeutung des transnationalen Engagements von Bildungsgewerkschaften, denn zwischen Demokratie und Bildung gibt es einen engen Zusammenhang. Die Angriffe rechter und autoritärer Regierungen und Parteien zielen insbesondere auf den Bildungsbereich, indem Diskriminierung vorangetrieben und Lerninhalte zum Beispiel zu LGBTIQ+-Themen eingeschränkt oder verboten werden. Die GEW arbeitet insbesondere mit den Bildungsgewerkschaften ZNP in Polen, PDSZ in Ungarn und Eğitim Sen in der Türkei zusammen, die in einem autoritären Klima für die Demokratie sowie für Frauen- und Minderheitenrechte eintreten. Der gefährlichen Rechtsentwicklung entgegenzutreten und Gegenstrategien zu entwickeln, wird zukünftig ein zunehmend wichtiges Handlungsfeld für transnationale Austausche und Projekte werden.

Für das Recht auf Bildung engagiert sich die GEW mit ihrer Stiftung fair childhood zusammen mit EI und lokalen Bildungsgewerkschaften in Projekten gegen Kinderarbeit in aktuell zehn Ländern – unter anderem im Senegal, in Malawi, Uganda, Simbabwe und Indien. Ein interessanter Befund der Projektevaluation lautet: Das Engagement gegen Kinderarbeit hat nicht nur die Bildungsbeteiligung, sondern auch die Anerkennung der lokalen Bildungsgewerkschaften erhöht und zur Steigerung ihrer Mitgliederzahlen beigetragen.

Arbeitskämpfe im Bildungsbereich

In den letzten Jahren ist eine deutliche Zunahme von Streiks der Lehrkräfte und innovativer Ansätze zu verzeichnen: Mit dem Ansatz des „Bargaining for the Common Good“ verbinden die Bildungsgewerkschaften in den USA tarifpolitische und gemeinwohlorientierte Forderungen wie kleinere Klassengrößen und eine bessere Finanzierung der Schulen. Sie setzen auch auf eine aktive Bündnispolitik in den Gemeinden und mit der Elternschaft, die die Forderung nach guten öffentlichen Schulen unterstützen. In England streikten 2023 hunderttausende Lehrkräfte für die Verbesserung der Arbeitsbedingungen sowie der Schulfinanzierung und gegen weitere Einschnitte beim Streikrecht. Dazu aufgerufen hatte unter anderem die National Education Union (NEU), die während der Corona-Pandemie digitale Organizing-Ansätze entwickelte und tausende neue Mitglieder gewinnen konnte.³ In Ungarn protestieren seit 2022 zehntausende Lehrkräfte für die Verbesserungen der Arbeitsbedingungen und das Streikrecht mit massiver Unterstützung von Schüler*in-

nen und Eltern sowie mit kreativen Protestformen. Die Erfahrungen in den Arbeitskämpfen zeigen, dass diese mit bildungspolitischen Anliegen eng verknüpft sein können, zumal in beiden Dimensionen die Adressaten meist staatliche Akteure sind. Auch vor diesem Hintergrund stellt der Aufbau gesellschaftlicher Bündnisse eine wichtige Machtressource für Bildungsgewerkschaften dar.

In transnationaler Perspektive ist die Praxis einer solidarischen Unterstützung bei Arbeitskämpfen zwischen den Bildungsgewerkschaften bislang wenig systematisch entwickelt, wozu beiträgt, dass tarif- und bildungspolitische Auseinandersetzungen meist auf die lokale oder nationalstaatliche Ebene begrenzt sind. Um die Arbeitskämpfe in anderen Ländern zu unterstützen, reicht das Repertoire von Solidaritätsschreiben und der Berichterstattung über die Streiks über gegenseitige Streikbesuche und Protestbriefe bis zu vereinzelt Aktionen vor den Botschaften. Diese können zwar nur begrenzt das Streikgeschehen vor Ort beeinflussen, aber dennoch ein wichtiges Solidaritätsmoment für die Streikenden darstellen.

Mit dem besseren Verständnis von gewerkschaftlichen Kämpfen in anderen Ländern ist ein Prozess des transnationalen Lernens verbunden. So zeigen die Austausche, dass manche Probleme wie zum Beispiel der massive Lehrkräftemangel global bestehen. Bei aller Unterschiedlichkeit der Kontexte und Bildungssysteme, die keine einfache Übertragung von Ansätzen erlauben, ermöglichen es transnationale Begegnungen, Informationen auszutauschen und von den Erfahrungen für die eigene Gewerkschaftsarbeit zu lernen. So waren zum Beispiel Kolleg*innen der NEU in GEW-Gremien zu Gast, um von ihrer Organizing- und Streikpraxis zu berichten.

Stärkung von Gewerkschaften

Die Unterstützung anderer Gewerkschaften beim Aufbau oder der Verbesserung ihrer Strukturen ist ein weiterer Ansatzpunkt für transnationale Kooperationen. Hier steht die Stärkung der Organisationsmacht im Vordergrund. Die Grenze zur Solidaritätsarbeit ist fließend und abhängig davon, welcher Handlungsspielraum den Gewerkschaften zur Verfügung steht. Die GEW pflegt aktuell insbesondere den transnationalen Austausch mit den beiden Bildungsgewerkschaften Eğitim Sen aus der Türkei und der PDSZ in Ungarn. Ein Beispiel: Bei den gegenseitigen Delegationsbesuchen und Workshops mit der PDSZ geht es insbesondere um Fragen des Organizing, die Beteiligung jüngerer Mitglieder sowie die Kampagnenplanung. Die Bildungsgewerkschaft in Ungarn befasst sich mit Fragen der gewerkschaftlichen Erneuerung, um die Attraktivität für neue Mitglieder zu erhöhen. Bislang schlagen

3 Little, G. / Sharp, E. / Stevenson, H. / Wilson, D. (2023): *Lessons in Organising. What Trade Unionists Can Learn from the War on Teachers*, London.

sich die großen Proteste der Lehrkräfte in Ungarn kaum in einem höheren Organisationsgrad nieder – dies wäre jedoch eine wichtige Voraussetzung, um die Durchsetzungsfähigkeit gegenüber der rechten Regierung von Viktor Orbán zu erhöhen. Die Kooperation wird vom Büro der Friedrich-Ebert-Stiftung in Ungarn unterstützt. Wichtig ist in der transnationalen Zusammenarbeit, Bedarfe und gemeinsame Themen zu identifizieren, Vertrauen aufzubauen, indem Aktivitäten gemeinsam geplant werden.

In EI besteht das Netzwerk Union Cooperation, das insbesondere die Nord-Süd- und Süd-Süd-Kooperationen stärken will. Über die Erfahrungen in der Zusammenarbeit finden regelmäßige Austausche zwischen den Mitgliedsorganisationen statt. Das Engagement begründet sich zum einen mit dem Interesse an starken Bildungsgewerkschaften weltweit. Zum anderen trägt es der Tatsache Rechnung, dass die gewerkschaftliche Arbeit vielfach unter schwierigen Bedingungen stattfindet. Einige Bildungsgewerkschaften geben einen prozentualen Anteil ihrer Beitragseinnahmen für die gewerkschaftliche „Entwicklungszusammenarbeit“ aus oder sie erhalten Mittel des Entwicklungsministeriums, um Projekte durchzuführen. Die Diskussion über Möglichkeiten, transnationale Gewerkschaftspartnerschaften zu stärken, findet auch in der GEW statt. Aktuell werden zusätzliche Wege durch eine Zusammenarbeit mit der Deutschen Gesellschaft für Internationale Zusammenarbeit (GIZ) erprobt. Im Rahmen eines gemeinsamen Projekts ist ein *Union Scout* der GIZ bei der GEW zur Stärkung der gewerkschaftlichen Zusammenarbeit eingesetzt.

Die GEW zeichnet sich durch ein breites ehrenamtliches Engagement der Mitglieder auch in der internationalen Arbeit aus.⁴ Daraus können vielfältige – und nicht immer erfüllbare – Erwartungen an die Organisation resultieren. Zugleich leisten ehrenamtliche Kolleg*innen einen wichtigen Beitrag, um die Arbeit der GEW im Bereich der Solidaritätsarbeit und der Gewerkschaftskooperation zu verstärken. Ein gutes Beispiel für die Verzahnung ehren- und hauptamtlicher Aktivitäten ist der Austausch mit der Bildungsgewerkschaft in der Autonomieregion Rojava in Nord- und Ostsyrien. Diese wurde von Ehrenamtlichen der GEW im Rahmen der Rojava-Solidaritätsarbeit begonnen. Das Engagement wird aktuell von mehreren GEW-Landesverbänden in Form regionaler Partnerschaften fortgesetzt. Diese tragen dazu bei, den inhaltlichen Austausch und die Stärkung der gewerkschaftlichen Arbeit zu befördern. Die Zusammenarbeit wird ebenfalls auf Ebene des Hauptvorstands und in EI unterstützt, die die Bildungsgewerkschaft aus Nord- und Ostsyrien 2022 als Mitglied aufgenommen hat.

Hilfe und Solidarität in Krisensituationen

Ein weiteres wichtiges Feld der internationalen Arbeit der GEW ist die Solidaritätsarbeit in Krisensituationen, insbesondere wenn Bildungsgewerkschaften in anderen

Ländern in ihren Rechten beschnitten oder Gewerkschafter*innen verfolgt werden. Um Unterstützung in Notsituationen zu leisten, unterhält EI einen Solidaritätsfonds, an dem sich die GEW beteiligt. Das Engagement bewegt sich dabei auf einem Kontinuum von Hilfe und Solidaritätsarbeit: Während die praktische und punktuelle Unterstützung von Gewerkschaften in Krisensituationen wie nach dem Erdbeben 2023 in der Türkei und Syrien eher in den Bereich der Hilfe fällt, ist die aktive Unterstützung von Gewerkschaften bei Verfolgung der Solidaritätsarbeit zuzuordnen, weil diese umfassendere gewerkschaftliche Aktivitäten und ein oft längerfristiges Engagement erfordern.

Hilfe kann ebenfalls in Solidaritätsarbeit übergehen: Ein Beispiel ist hier die humanitäre Hilfe der GEW für die ukrainischen Kolleg*innen nach dem Angriff der russischen Regierung 2022. Daraus ist eine intensive Zusammenarbeit mit der ukrainischen Bildungsgewerkschaft TUESWU entstanden, die sich mit inhaltlichen Austauschen und gemeinsamen Projekten zur Unterstützung der Gewerkschaft fortsetzt. Dazu gehören Sommercamps für Kinder ukrainischer Gewerkschaftskolleg*innen, die die GEW zusammen mit TUESWU und der Jugendorganisation Die Falken in Deutschland organisiert.

Die Koordination der gewerkschaftlichen Solidaritätsarbeit gehört zu den zentralen Aufgaben von EI, zumal diese von den Bildungsgewerkschaften über einzelne Fälle hinaus kaum allein leistbar wäre. Die EI hält den Kontakt zu den Mitgliedsorganisationen, sie prüft die Bedarfe und die Situation vor Ort. Die GEW beteiligt sich regelmäßig an den Eilaktionen von EI als eine direkte Reaktion auf die Verletzung von Gewerkschaftsrechten oder die Inhaftierung von Vertreter*innen von Bildungsgewerkschaften. Diese nehmen meist die Form von Protestbriefen an die Regierungen oder Online-Petitionen an, um global Druck aufzubauen und Sichtbarkeit zum Schutz der Betroffenen herzustellen. Dieses Engagement bleibt auch weiterhin wichtig angesichts einer deutlichen Zunahme von Verletzungen von Arbeitnehmerrechten, wie der Globale Rechtsindex 2024 des Internationalen Gewerkschaftsbundes zeigt.⁵

Die GEW engagiert sich aktuell insbesondere für verfolgte Lehrkräfte und Gewerkschafter*innen aus der Türkei, Belarus, Russland und dem Iran. Das Engagement zielt damit auf die Unterstützung von Gewerkschaften in repressiven Kontexten oder von Kolleg*innen, wenn diese wegen ihres Engagements flüchten müssen. Die GEW kann mit dem spendenbasierten Heinrich-Rodenstein-

4 Einmal im Jahr findet die GEW-Jahrestagung International statt, die dem Austausch mit den ehrenamtlich aktiven Mitgliedern dient. 2023 wurde zudem eine Arbeitsgruppe des Hauptvorstands eingerichtet, die die Koordinierung und den Austausch mit den Landesverbänden zu internationalen Themen intensivieren soll.

5 <https://www.ituc-csi.org/ituc-global-rights-index-2024-de>

Fonds bei der rechtlichen Vertretung in Asylverfahren unterstützen. In einzelnen Fällen konnten zudem Programme genutzt werden, um gefährdeten Gewerkschafter*innen einen Aufenthalt in Deutschland zu ermöglichen. Ein Manko ist, dass eigene Aufnahmeprogramme für gefährdete Gewerkschafter*innen bislang fehlen – hier besteht politischer Handlungsbedarf. Die praktische Unterstützung im Ernstfall ist wichtig, weil Gewerkschafter*innen mit ihrem Engagement vielfach ein hohes Risiko bis hin zur Gefährdung ihres Lebens eingehen. Auch wenn sie nur in einzelnen Fällen geleistet werden kann, wird hier transnationale Solidarität unmittelbar wirksam. Daher gilt es auch zu prüfen, wie die Gewerkschaften ihre Unterstützung für gefährdete Gewerkschafter*innen und ihre solidarisches Netzwerke weiter ausbauen können.

Beispiel: Gewerkschaftsrechte und Verfolgung in Belarus

Die GEW hatte sich wiederholt für Wissenschaftler*innen und Studierende in Belarus eingesetzt, die aufgrund der Teilnahme an den Protesten gegen die Wahlfälschung 2020 und wegen ihrer Mitgliedschaft in der unabhängigen Gewerkschaft SPB durch die Hochschulen entlassen oder exmatrikuliert wurden. Die GEW organisierte Solidaritätsaktionen, denen sich die bundesweite Studierendenvertretung fzs sowie Bildungsgewerkschaften unter anderem in den USA, UK, Polen und Ungarn anschlossen.⁶ In dem GEW-Protestschreiben an die Hochschulen und das Wissenschaftsministerium in Belarus 2021 heißt es: „Wir fordern Sie auf, die gewerkschaftliche Arbeit nicht weiter zu behindern, die Diskriminierung von Beschäftigten wegen ihrer Gewerkschaftszugehörigkeit zu beenden und die internationalen Arbeitsnormen einzuhalten.“ Insbesondere das Herstellen von Öffentlichkeit wurde von den Betroffenen in Belarus als wichtig eingeschätzt. Das gemeinsame Engagement für Gewerkschaftsrechte in Belarus ist auch ein gutes Beispiel für eine stärkere Zusammenarbeit in der internationalen Arbeit innerhalb des DGB, insbesondere zwischen IG Metall, IG BCE und GEW sowie mit der Global Labour University, einem internationalen Netzwerk von Gewerkschaften und Hochschulen.

Die Solidaritätsarbeit hat ebenfalls eine positive Wirkung in die eigene Organisation hinein: Jüngere GEW-Mitglieder hatten die Solidaritätsaktionen zu Belarus aktiv unterstützt und sich in Tandems mit belarussischen Gewerkschaftsmitgliedern organisiert, um diese bei Bewerbungen auf Programme für verfolgte Studierende zu begleiten. Einige dieser Kontakte bestehen weiterhin. Gelebte Solidarität entsteht durch persönliche Kontakte, die Bedeutung transnationaler Solidaritätsarbeit wird so unmittelbar erfahrbar. Dies bietet auch die Chance, die internationale Arbeit in der Gewerkschaft zu verbreitern.

Nachdem sich die unabhängigen Gewerkschaften mutig gegen den Krieg gegen die Ukraine gestellt hatten, folgte eine Verhaftungswelle. 2022 wurden die unabhängigen

Gewerkschaften von dem Lukaschenko-Regime zerschlagen. Mehr als 40 Gewerkschafter*innen sitzen in Gefängnissen und Strafkolonien in Belarus. Sie wurden wegen Hochverrats, Verleumdung des Staates, Teilnahme an und Unterstützung von extremistischen Aktivitäten zu Haftstrafen von bis zu 15 Jahren verurteilt. Die Generalversammlung der Internationalen Arbeitsorganisation (ILO) hat 2023 die Verletzung von Gewerkschaftsrechten durch das Regime als so schwerwiegend eingeschätzt, dass – zum zweiten Mal in der Geschichte der ILO – die Mitgliedstaaten nach Art. 33 der ILO-Verfassung Sanktionen und weitere Maßnahmen ergreifen können. Aktuell setzen sich Vertreter*innen der unabhängigen belarussischen Gewerkschaften von Deutschland aus in der Exil-Organisation Solidarnast mit Unterstützung des DGB, der Global Labour University und des Internationalen Gewerkschaftsbunds für die Freilassung ihrer Kolleg*innen und für die Vereinigungsfreiheit in Belarus ein.⁷

Fazit: Transnationale Solidarität und Machtressourcen

In der transnationalen Solidaritätsarbeit geht es darum, die Macht von Beschäftigten zu vergrößern. Im Bildungsbereich kann sie insbesondere zwei gewerkschaftliche Machtressourcen verstärken: Zum einen geht es um die Stärkung der Organisationsmacht durch die gezielte Unterstützung von Gewerkschaften, Organisationsaufbau und transnationales Lernen. Dazu gehört als eine Voraussetzung, elementare Rechte wie die Vereinigungsfreiheit oder das Streikrecht zu sichern oder zu erstreiten. Zum zweiten geht es um den Aufbau gesellschaftlicher Macht, die durch öffentliches *Agenda Setting* oder Bündnisarbeit vergrößert werden kann. Letzteres spielt insbesondere bei der Durchsetzung von Gewerkschaftsrechten, bei Solidaritätskampagnen, bildungs- und gesellschaftspolitischen Themen eine wichtige Rolle, die darauf zielen, Öffentlichkeit herzustellen, Unterstützung zu mobilisieren und so gemeinsam Druck aufzubauen. Dazu gehört auch die Vernetzung mit zivilgesellschaftlichen und Menschenrechtsorganisationen.

Solidaritätskampagnen können in einzelnen Fällen schnelle Erfolge zeitigen, erfordern aber meist ein langjähriges Engagement. Die Zusammenarbeit mit Gewerkschaften in Repressionskontexten setzt zudem ein hohes Maß an gegenseitigem Vertrauen, sichere Kommunikationswege, eine enge Abstimmung und Verbindlichkeit voraus. Dieses Engagement ist im Kern von politischen Über-

6 <https://kurz.gew.app/internationale-proteste-belarus>

7 Yerashenia, R. (2023): Entrechtet und verfolgt: Gewerkschaften in Belarus, in: Blätter für deutsche und internationale Politik 11/2023, S. 75–81. Siehe auch <https://www.solidarnast.info>

zeugungen und dem Interesse an der universellen Durchsetzung grundlegender Arbeitnehmerrechte getragen. Darin ist mindestens potenziell ein reziprokes Verhältnis der gegenseitigen Unterstützung für gemeinsame Ziele und Interessen angelegt, eine nach Bodo Zeuner wichtige Voraussetzung für solidarisches Handeln im Unterschied zur Hilfe.⁸ Dass Gewerkschaftsrechte erkämpft oder verteidigt werden müssen, ist eine Erfahrung, die Gewerkschaften global teilen. Wie zum Beispiel die jüngsten Streiks der Lehrkräfte in England zeigen, sind Gewerkschaftsrechte nicht zuletzt auch in Europa unter Druck.

Die beschriebenen Felder transnationaler Solidarität gehen mit unterschiedlichen Handlungsoptionen und Intensitäten des Commitment einher. Sie bewegen sich auf einem Kontinuum von Hilfe zum Beispiel bei akuten Krisen und solidarischem Handeln für gemeinsame politische Ziele durch Solidaritätsarbeit und die Stärkung gewerkschaftlicher Strukturen. Der „Härtegrad“ der Solidarität“ (vgl. den Einführungsbeitrag zu diesem Heft) ist bei langjähriger Solidaritätsarbeit und transnationalen

Kooperationen höher als bei einem punktuellen Engagement. Eine Herausforderung stellen die wachsenden Bedarfe sowie die Notwendigkeit dar, angesichts begrenzter eigener Kapazitäten Prioritäten zu setzen. Aus Sicht der GEW kommt deshalb der Zusammenarbeit in EI und im DGB eine große Bedeutung zu. Transnationale Solidarität ist zudem kein Selbstläufer, sondern sie muss immer wieder aktiv hergestellt und innerhalb der beteiligten Organisationen möglichst breit getragen werden. Auch wenn die Reichweite transnationaler Solidarität im Bildungsbereich begrenzt sein mag, kann sie in der Praxis einen wichtigen Unterschied machen. ■

AUTORINNEN

MAIKE FINNERN, Vorsitzende der GEW seit 2021 und Mitglied im Vorstand von Education International. Zu ihren Arbeitsschwerpunkten gehört die internationale Arbeit der GEW und in Education International.

@ maike.finnern@gew.de

CARMEN LUDWIG, Dr., Referentin für Internationales beim GEW Hauptvorstand. Arbeitsschwerpunkte: Internationale und Europäische Gewerkschaftsarbeit und -kooperationen.

@ carmen.ludwig@gew.de

8 Zeuner, B. (2015): Akteure internationaler Solidarität: Gewerkschaften, NGOs und ihre Schwierigkeiten bei der Herstellung gelebter Solidarität, in: Bormann, S./ Jungehülsing, J./ Bian, S./ Hartung, M./ Schubert, F. (Hrsg.): Last Call Solidarity. Perspektiven grenzüberschreitenden Handelns der Gewerkschaften, Hamburg, S. 54–69.